

**VORSTELLUNG des HAUSHALTES 2023****Ministerpräsident Oliver Paasch****14. Oktober 2022****Parlament der DG**

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen,

Eine Pandemie, eine Jahrhundertflut, ein Krieg in Europa,  
eine Energiekrise, eine Inflationskrise

- seit 2,5 Jahren befinden wir uns  
im Dauer-Krisenmanagement-Modus.

Bis zum Ausbruch der Coronakrise  
befand sich der Haushalt unserer Gemeinschaft im Gleichgewicht.

Als einziger Gemeinschaft in Belgien war es uns gelungen  
3 Mal hintereinander eine schwarze Null zu erreichen.

Trotz sinkender Konjunkturprognosen konnten wir sogar  
für das Jahr 2020  
noch einen Überschuss von 11 Millionen EUR  
im laufenden Haushalt erwirtschaften.

Dann aber kam Corona  
mit dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen  
und der schlimmsten Rezession seit dem 2. Weltkrieg.

Und heute  
2,5 Jahre später  
müssen wir erneut  
in Folge von Putins Angriffskrieg gegen 40 Millionen Menschen  
in der Ukraine  
erneut mit einer Rezession rechnen.

Wir alle wissen,  
dass die DG diese globalen Krisen nicht verursacht hat,  
sie kann sie auch nicht beenden –  
aber wir müssen mit ihren Folgen leben  
und wir müssen darauf reagieren.

Wie wir inhaltlich auf diese Krisen reagieren können  
und welche Lehren wir daraus ziehen sollten,  
haben wir bereits  
in mehreren Regierungserklärungen deutlich gemacht.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode,  
im September 2019,

hatten wir eine rekordverdächtige Anzahl an grundlegenden Reformen in fast all unseren Zuständigkeitsbereichen angekündigt.

Wir wollten verändern um zu bewahren.

Wir wollten reformieren um zu verbessern.

Dieses Regierungsprogramm haben wir dann im September 2020 um 20 Zukunftsprojekte erweitert, mit dem Ziel, die ersten richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen.

Dieses erweiterte Regierungsprogramm haben wir seitdem stetig verfeinert, ausgebaut und teilweise schon verwirklicht.

Mit all unseren Vorhaben wollen wir Ostbelgien zukunftsfähig und krisenfest machen.

Mit all unseren Vorhaben wollen wir die Lebensqualität und die Lebensperspektiven in unserer Heimat verbessern.

Mit einigen Projekten könnten wir sogar eine europäische Modellregion werden:

zum Beispiel bei der Digitalisierung des Unterrichtswesens,  
bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
oder auch bei der Energieeffizienz und der nachhaltigen Mobilität.

Der Prozess zur Erarbeitung einer neuen Vision für das Jahr 2040  
bietet in diesen Monaten allen Menschen,  
die hier leben,  
die Möglichkeit,  
sich an der Zukunftsgestaltung ihrer Gemeinschaft zu beteiligen  
und uns zu helfen,  
weitere Lehren aus der Krise zu ziehen.

Wie wir finanzpolitisch mit der Coronakrise umgehen sollten,  
wie wir die richtigen Lehren aus der Krise finanzieren können  
und welche langfristigen Auswirkungen sich daraus ergeben,  
haben wir im April 2020  
– unmittelbar nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie  
– übrigens als erste Gemeinschaft in Belgien -  
dargelegt.

Damals haben wir eine neue finanzpolitische Strategie entwickelt,  
um gegen die Krise anzukämpfen.

Wir haben im April 2020 zum Beispiel entschieden,  
zeitweise auf die schwarze Null zu verzichten,

erstmal wichtige Investitionen in Infrastruktur zu neutralisieren und Handlungsspielräume für Hilfspakete und Zukunftsinvestitionen zu eröffnen.

Gleichzeitig haben wir eine Obergrenze für die Verschuldung festgelegt und aufgezeigt, wie wir zunächst den gesamten laufenden Haushalt und später den SEC Haushalt wieder ins Gleichgewicht bringen können.

Wir haben uns inmitten der Coronakrise vorgenommen, im Jahre 2025 wieder eine schwarze Null im laufenden Haushalt zu erreichen.

Wir haben uns ebenfalls vorgenommen, gegen Ende der kommenden Legislaturperiode wieder gänzlich auf die Neutralisierung von Infrastrukturinvestitionen zu verzichten.

Diese angepasste finanzpolitische Strategie hat uns erlaubt, den Menschen in Krisenzeiten zu helfen.

Ohne diese Strategie wäre das nicht möglich gewesen.

Das habe ich bei der Vorstellung des 1. Anpassungshaushaltes 2022 noch mal in Erinnerung gerufen.

Wir haben zunächst **90 Millionen EUR** aufgebracht, um zu verhindern, dass ein **Virus** alles zerstört, was die Lebensqualität in Ostbelgien ausmacht.

Dazu gehören knapp 3 Millionen EUR Sonderdotation für die Gemeinden, 7,2 Millionen für die Wohn- und Pflegezentren, 4,8 Millionen für Gesundheitseinrichtungen, 2,3 Millionen EUR für unsere Schulen, 1 Million für Kinderbetreuungseinrichtungen, 5,4 Millionen für Hotels, Restaurants, Caterer und Cafés, 700.000 für den ostbelgischen Einzelhandel und Kontaktberufe, 1,7 Millionen für unsere Vereine, 10 Millionen für einen Hilfsfonds, zahlreiche Zuschussgarantien für den nicht kommerziellen Sektor und natürlich die Finanzierung unserer Impfzentren.

Wir haben dann weitere 27 Millionen EUR aufgebracht, um den Wiederaufbau von Gebäuden zu finanzieren, die die **Jahrhundertflut** unter sich begraben hatte, und um die Investitionsfähigkeit der betroffenen Gemeinden sicherzustellen.

Hinzukommt eine jährliche Sonderdotation für die besonders getroffene Stadt Eupen in Höhe von 500.000 EUR, die Bezuschussung von Personal in den ÖSHZ sowie die Finanzierung von Wohnbeihilfen für die Flutopfer

Außerdem haben wir uns nach der Flut verpflichtet, die Kosten für den Wiederaufbau von beschädigten Infrastrukturen in unserem Zuständigkeitsbereich zu 90 % zu übernehmen.

Dafür haben wir jetzt im Haushalt mehr als 11 Millionen EUR veranschlagt.

Danach haben wir knapp 4 Millionen EUR bereitgestellt für die Aufnahme und die Betreuung von Flüchtlingen aus der Ukraine.

Im Frühjahr 2022 – als die Inflation anzog - haben wir dann auch noch beschlossen, 3 Millionen EUR aufzubringen, um dem gesamten nicht kommerziellen Sektor zu helfen, die Folgen der Energie- und Inflationskrise abzufedern.

Wir haben schon im Frühjahr 2022  
die Zuschüsse für 50 Zuschusskategorien um 2% erhöht.

Das galt für Seniorenzentren, häusliche Hilfen, Gesundheitseinrichtungen,  
Kulturveranstalter, Schulen, soziale Organisationen,  
Jugendorganisationen, Kinderbetreuungseinrichtungen und viele andere,  
die den sozialen Zusammenhalt in Ostbelgien organisieren  
und folglich einen Teil unserer Lebensqualität ausmachen.

Wir waren die Ersten in Belgien,  
die solch eine Anpassung vorgenommen haben,  
um auf die Inflationskrise zu reagieren.

Und da das alles noch nicht ausreichte,  
haben wir vor 3 Wochen angekündigt,  
dass wir diese Zuschüsse in diesem Jahr noch einmal deutlich (um  
insgesamt 9,5 Millionen EUR) erhöhen würden.

Schon bei der 1. Haushaltsanpassung,  
im April 2022,  
habe ich jedoch auch darauf hingewiesen,  
„dass unsere Handlungsmöglichkeiten mit jeder Krise kleiner werden“  
und die „Margen für weitere krisenbedingte Einbrüche unserer Einnahmen  
sehr eng werden“.



Nun seitdem ist das Wirtschaftswachstum weiter gesunken und die Preise sind weiter gestiegen.

Vor 6 Monaten ging das föderale Planbüro für dieses Jahr 2022 noch von einem Wachstum in Höhe von 3 % und von einer Inflation in Höhe von 5,5 % aus.

Heute wissen wir, dass das Wachstum in diesem Jahr nur 2,6 % betragen und die Inflation auf fast 10 % ansteigen wird.

Noch schlimmer sieht es für das Jahr 2023 aus.

Vor einem halben Jahr hatte das föderale Planbüro für 2023 ein Wirtschaftswachstum in Höhe von knapp 2 % und eine Inflation von gut 2 % vorhergesagt.

Heute prognostiziert dasselbe Planbüro für 2023 einen Einbruch des Wirtschaftswachstums auf 0,5 % und einen weiteren Anstieg der Inflation auf 6,5 %.

Und ich sage voraus, dass es selbst bei diesen miserablen makroökonomischen Werten nicht bleiben wird.

Ich rechne mit einer Rezession im kommenden Jahr.

Deshalb weichen wir als DG jetzt erneut

- wie schon in allen Krisen zuvor -

für die Schätzung unserer Einnahmen

von den Prognosen des Planbüros ab.

Wir gehen im Gegensatz zum Planbüro

nicht von einem positiven Wirtschaftswachstum

sondern von einem Rückgang der Wirtschaft um 0,5 % aus.

Damit sind wir

wie in allen Krisen zuvor

sehr viel vorsichtiger

als die belgischen Wirtschaftsinstitute

und als alle anderen Gliedstaaten in Belgien.

Wir bleiben dabei:

Es bringt rein gar nichts; die Einnahmen zu überschätzen.

Das haben wir nie getan und das tun wir auch heute nicht,

weil es gefährlich ist

und man ohnehin

spätestens mit der Ergebnisrechnung am Ende des Jahres von der Wahrheit eingeholt wird.

Wie schon in der Coronakrise  
und nach dem Ausbruch von Putins Krieg  
schätzen wir unsere Einnahmen für das kommende Jahr  
wieder einmal niedriger ein  
als der Föderalstaat.

Wir halten an unserer vorsichtigen Finanzpolitik fest.

Die finanzpolitische Lage  
hat sich also in den letzten 6 Monaten weiter verschärft.

Und ich gebe zu,  
selten war die Vorbereitung eines Haushaltes  
so schwierig,  
so aufwendig  
und so komplex wie diesmal.

Wir haben schon einige Krisen überstanden.

Man denke nur an die Weltfinanzkrise  
in den Jahren 2007, 2008 und 2009.

Oder auch an die bedrohlichen Folgen  
der millionenschweren Unterfinanzierung  
im Zuge der 6. Staatsreform in den Jahren 2014 und 2015.

Jedes Mal ist es uns gelungen,  
aus schweren Krisen herauszufinden.

Jedes Mal hat sich unsere Autonomie in Krisenzeiten bewährt.

Das wird auch diesmal so sein.

Aber die 4 kumulierten globalen Krisen,  
die wir derzeit erleben,  
stellen uns wirklich vor nie gekannte Herausforderungen.

Der Weg aus diesen Krisen wird wahrlich kein einfacher sein.

Um es jedoch gleich vorwegzunehmen:

Die Regierung hält  
weiterhin an ihrer finanzpolitischen Strategie fest.

Wir wollen den laufenden Haushalt im Jahre 2025  
wieder ins Gleichgewicht gebracht haben.

Und wir werden alle notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Das wiederum geht nicht ohne Sparmassnahmen.

Wenn wir jetzt einerseits  
nach all diesen Mehrausgaben und Mindereinnahmen  
erneut millionenschwere Hilfspakete schnüren wollen,  
um den Einrichtungen in unserem Zuständigkeitsbereich zu helfen  
die Preissteigerungen zu überleben  
und gleichzeitig  
an unseren finanzpolitischen Zielen festhalten,  
dann müssen wir in den laufenden Ausgaben sparen.

Genau das haben wir in den letzten Monaten  
bei der Vorbereitung dieses Haushaltes getan.

Wir haben jede einzelne Haushaltszuweisung der DG durchforstet  
– jede einzelne –  
- nicht nur einmal sondern unzählige Male –  
um die inflationsbedingte Steigerung  
in den sogenannten fakultativen Ausgaben einzubremsen  
und somit die Grundlage  
für einen ausgeglichenen laufenden Haushalt 2025  
zu schaffen.

Ich habe gefühlt noch nie so oft das Wort „Nein“ gebrauchen müssen  
wie bei der Vorbereitung dieses Haushaltes.

Wir haben in den laufenden Ausgaben  
jährlich wiederkehrende inflationsbedingte Mehrkosten  
in Höhe von über 10 Millionen EUR gestrichen.

Gleichzeitig haben wir beschlossen,  
unsere schon 2019 angekündigte Verwaltungsreform zu beschleunigen.

Wir dehnen den Verbeamtenstopp  
auf die paragemeinschaftlichen Einrichtungen der DG aus.

Es wird also auch dort keine Verbeamten mehr geben.

Dadurch sparen wir viel Geld ein.

Und wir erweitern den Einstellungsstopp im Ministerium.

Bis auf Weiteres werden,  
ausser in besonders begründeten Fällen,  
keine ausscheidenden Mitarbeiter mehr durch Einstellungen ersetzt.

Wenn ein Mitarbeiter in Rente geht,  
kann er höchstens durch interne Mobilität ersetzt werden.

Solche Entscheidungen sind einmalig in Belgien, Kolleginnen und  
Kollegen.

Das hat es noch nie gegeben.

Und das wird es wahrscheinlich  
außerhalb der DG  
niemals geben.

Dennoch ziehen wir das jetzt konsequent durch.

Wir erleben nämlich 7 Indexsprünge innerhalb von 19 Monaten.

Ein Personalmitglied kostet im kommenden Jahr  
also 15 % mehr als im letzten Jahr.

Wenn wir unser Personalbudget nicht sprengen  
und einen ausgeglichenen Haushalt erzielen wollen,  
dann müssen wir Stellen abbauen.

Ich behaupte: Anders geht es nicht.

Wenn jemand eine andere Idee hat,  
wie man die Quadratur des Kreises schaffen kann,  
ist er herzlich eingeladen sich zu melden.

Bis heute habe ich dazu jedenfalls keine Alternativen gehört.

Ebenso halten wir an der Kürzung der Ministergehälter fest.

Es stimmt, damit kann keinen Haushalt sanieren.

Dafür sind die Ministergehälter allen Unkenrufen zum Trotz nicht hoch genug.

Die Minister der DG erhalten derzeit 191.293 EUR brutto pro Jahr.

Hinzukommen das übliche Urlaubsgeld und die festgelegte Jahresendprämie.

Wir werden dieses Gehalt real um 8 % kürzen;

Wir kürzen unser Jahresbruttogehalt also um 14.575 EUR.

von nach heutigem Stand

191.293 EUR

auf 176.718 EUR brutto pro Jahr.

Wir halten diese Entscheidung im heutigen Kontext für geboten.



Und wir begrüßen,  
dass sich andere Regierungen in Belgien  
von unserer Entscheidung haben inspirieren lassen.

Seit 21 Jahren verdient ein Minister bekanntlich  
20 % mehr als der höchste Beamte (der Generalsekretär) des Ministeriums.

In Zukunft wird ein Minister 3% weniger verdienen  
als der Generalsekretär mit maximalem Dienstalter.

Wir ändern den Regierungsbeschluss aus dem Jahre 2001  
in 2 Etappen ab,  
um erstens auf die Gehaltserhöhung zu verzichten,  
die sich ansonsten aus der Baremenreform für die Minister  
Ende Oktober ergeben hätte  
und um zweitens das Ministergehalt  
ab Januar real um 8% zu kürzen.

Anders ausgedrückt:

**Wir verzichten,  
auf 23 % des uns normalerweise zustehenden Gehalts.**

**Ab Januar 2023 wird ein Minister der DG nicht mehr 120% vom Gehalt des Generalsekretärs mit max Dienstalter bekommen sondern nur noch 97%.**

Wo gibt es das schon,  
dass **ein Chef weniger verdient als sein Angestellter?**

Das dürfte höchst selten vorkommen.

Im öffentlichen Dienst gibt es das jedenfalls nirgendwo in Europa.

Das ist wahrscheinlich außerhalb der DG völlig undenkbar.

Kolleginnen und Kollegen,

dank einer konsequenten Durchforstung  
all unserer laufenden Ausgaben sind wir weiterhin in der Lage,  
im Jahre 2025 eine schwarze Null zu schreiben.

Das behaupten wir nicht nur.

Das können wir beweisen  
und vom Rechnungshof überprüfen lassen.

Das können Sie den Dokumenten entnehmen,  
die gleich verteilt werden.

An unserem Ziel,  
ab 2029 auf die Neutralisierung von Investitionen in Infrastruktur zu  
verzichten,  
können wir ebenfalls festhalten.

Auch das können wir beweisen.

Voraussetzung dafür ist allerdings,  
dass wir jetzt massiv notwendige Investitionen in Infrastruktur vorziehen.

Das ist ein wichtiger Bestandteil  
unserer finanzpolitischen Strategie  
und seit längeren bekannt.

Darüber haben wir schon oft mit den Gemeinden  
und anderen Projektträgern ausgetauscht.

Wir stellen mit Genugtuung fest,  
dass viele Projektträger sich dieser antizyklischen Vorgehensweise  
angeschlossen haben.

Der Infrastrukturplan für die Jahre 22-23  
konnte folgerichtig deutlich erhöht werden.

Er enthält mittlerweile fast 300 Infrastrukturvorhaben  
mit einem Zuschussvolumen von 216,5 Millionen EUR.

Alleine für das Schulwesen haben wir 78 Projekte genehmigen können,  
die wir zu 80 % bezuschussen werden.

Wir stellen für Schulbauten in diesem und im kommenden Jahr  
knapp 60 Millionen EUR zur Verfügung.

Davon profitieren zum Beispiel  
die Schule Herbesthal mit einem Zuschuss von 10,8 Millionen EUR,  
die Schule in Emmels mit einem Zuschuss von 3,6 Millionen EUR  
oder auch die Schule Lichtenbusch mit 8,2 Millionen EUR.

In den Kindergarten Büllingen werden wir 2 Millionen EUR investieren.

Die Primarschule der MG St.Vith erhält 3,7 Millionen EUR.

Der Schule in Raeren stellen wir 1,1 Millionen EUR zur Verfügung.

Hinzukommen Bauvorhaben im G UW  
und energetische Sanierungen in mehreren Schulgebäuden.

Für Sportinfrastrukturen stellen wir insgesamt  
13,3 Millionen EUR zur Verfügung.

Davon profitieren zum Beispiel der FC Recht, der Tennisclub in Kelmis,  
der FC Bütgenbach, der RFC Raeren-Eynatten,  
das Turnleistungszentrum in Amel,  
der Fußballplatz in Schönberg,  
der KFC Rocherath,  
der Kinderspielplatz an der Rodter Strasse in St.Vith,  
die Sport- und Freizeithalle in Büllingen,  
der Spielplatz in Schönberg,  
das Sportzentrum in Eupen,  
Kinderspielplätze in der Gemeinde Kelmis,  
das Schwimmbad in Kelmis,  
der FC Eupen,  
der Spielplatz in Galhausen,  
das König Baudouin Stadion in Eupen,  
der TC Eupen,  
das Hallenbad in St.Vith  
und das Wetzlarbad in Eupen, usw.

Üblicherweise finanzieren wir Sportinfrastrukturen zu 60 %.

Wie nach der Flutkatastrophe angekündigt,  
übernehmen wir allerdings die Kosten für die Instandsetzung  
von flutgeschädigten Infrastrukturen zu 90 %.

Das haben wir nach der Flut versprochen.

Und das machen wir jetzt.

Wir stehen zu unserem Wort.

Davon profitieren konkret in diesem und im kommenden Jahr  
z.B.

der Fußballplatz in Schönberg,

der CTC Kelmis,

der TC Eupen

und das König Baudouin Stadion in Eupen.

Für Infrastrukturvorhaben im Seniorenbereich sehen wir  
24 Millionen EUR vor.

In den Bau von 28 betreuten Wohnungen für Senioren  
in Kelmis investieren wir z.B. 10,7 Millionen EUR.

In die Bezuschussung des Wohn- und Pflegezentrums in Kelmis  
weitere 11,4 Millionen EUR.

Das WPZS St Joseph in Eupen erhält für Renovierungsarbeiten 2,1 Millionen.

Und auch die Kosten für das Seniorendorfhaus in Grüfflingen übernehmen wir zu 60%.

Für die Raumordnung stellen wir 8 Millionen EUR zur Verfügung.

Davon profitieren u.a. die Gewerbeparks in Eupen, Raeren und Grüfflingen sowie der Kirchplatz in Kelmis, in den wir 2,7 Millionen EUR investieren.

Hinzukommen zahlreiche Projekte in anderen Bereichen, die ich nicht alle aufzählen kann.

Z.B. das Blausteinmuseum in Recht,  
der Ankauf des Saal Müller in Amel,  
Wohnprojekte für Menschen mit einer Beeinträchtigung,  
der Ankauf von Gebäuden und Gelände im Umfeld der Burg St.Vith,  
mehrere Nahwärmenetze,  
Renovierungen von Gemeindehäusern, Bauhöfen und Fuhrparks,  
das Tierheim in Eupen,  
die Burg in Raeren, d  
er Neubau einer touristischen Informationsstelle in Kelmis,  
der Erwerb eines Gebäudeteils des Capitols in Eupen für die Kinderkrippe,  
die Erweiterung der Kinderkrippe in St.Vith,

die Renovierung der Tagesstätte in Meyerode,  
die wir mit 2,7 Millionen EUR bezuschussen,  
der Neubau für die Familienhilfe,  
der Neubau für Intego,  
mehrere Arbeiten in unseren Krankenhäusern  
und nicht zuletzt der Neubau für die Polizeizohne Eifel in Büllingen,  
für den wir 2,9 Millionen EUR eingetragen haben.

Bekanntlich konnte die DG bislang überhaupt  
keine Infrastrukturen von Polizeizonen bezuschussen.

Dafür gab es gute Gründe.

Angesichts der riesigen Investitionen,  
vor denen alle Gemeinden jedoch gerade jetzt in diesem Bereich stehen,  
haben wir beschlossen,  
auch Polizeigebäude in Zukunft mit 60 % zu bezuschussen.

Das ist eine sehr konkrete Entlastung für all unsere Gemeinden,  
sowohl im Norden als auch in der Eifel.

Ohne die Unterstützung der DG könnten diese Polizeigebäude  
schlicht nicht gebaut werden.

Weder im Norden noch in der Eifel.



Für eine weitere Entlastung der Gemeinden  
wird unsere Entscheidung sorgen,  
ausnahmsweise inflationsbedingte Mehrkosten zu bezuschussen.

Angesichts der enormen Preissteigerungen  
halten wir eine Bezuschussung der Mehrkosten für notwendig.

Ansonsten könnten zahlreiche wichtige Vorhaben nicht verwirklicht  
werden.

Alleine für solche Preisrevisionen haben wir insgesamt  
8 Millionen EUR in die Haushalte 2022 und 2023 eingetragen.

Parallel dazu erhöhen wir im kommenden Jahr,  
wie in unserer Regierungserklärung vor 3 Wochen angekündigt,  
die Straßenbaudotation der Gemeinden um 33 %  
von 2,25 Millionen auf 3 Millionen EUR pro Jahr.

Und wie versprochen,  
haben wir jetzt auch 40 Millionen EUR  
für den flächendeckenden Glasfaserausbau in der DG vorgesehen.

Das Projekt kommt sehr gut voran  
und wird uns ganz entscheidend dabei helfen,  
die Chancen der Digitalisierung im ländlichen Raum zu nutzen.

Das ist kein Prestige- oder Luxusprojekt.

Der Glasfaserausbau ist die Voraussetzung schlechthin, um unseren Standort digital weiterentwickeln zu können.

Ohne leistungsfähige Internetverbindungen würden wir irgendwann von der globalen Welt abgehängt.

Das dürfen und das werden wir nicht zulassen.

Dass wir dringend in hochmoderne Internetverbindungen investieren müssen, obwohl wir nur begrenzt zuständig sind, ist ja eine der vielen Lehren, die wir im September 2021 aus der Coronakrise gezogen haben.

Zu diesen Lehren gehört auch die Erkenntnis, dass wir uns im Rahmen unserer begrenzten Befugnisse für das Gesundheitswesen bemühen müssen, die Finanzen unserer beiden Krankenhäuser zu stärken.

Aus diesem Grund haben wir beschlossen, im kommenden Jahr

pauschal 15 Millionen EUR für Instandsetzungsarbeiten sowie weitere 15 Millionen EUR für Ausrüstung und Ausstattung in unseren Krankenhäusern vorzusehen.

30 Millionen – das entspricht dem, was die Krankenhäuser normalerweise innerhalb von 10 Jahren erhalten.

Außerdem lösen wir mit dem Infrastrukturplan 22-23 unser Versprechen ein, auf der Grundlage unseres Klimaplan den Zuschusssatz für energetische Sanierung und Energiesparmassnahmen von 60 % auf 80 % statt zu erhöhen.

Das schafft zusätzliche Anreize in den Klimaschutz zu investieren und hilft mittelfristig Geld einzusparen.

Davon sind zahlreiche Projekte betroffen.

Die genaue Summe der Investitionen in diesen Bereich können wir aber aus rein technischen Gründen

erst dann präzise ermitteln,  
wenn die Projekte abgeschlossen sind.

Selbstverständlich halten wir darüber hinaus  
an unserer Digitalisierungsoffensive für das Unterrichtswesen fest.

Seit September 2021 stehen den Sekundarschulen  
IT Verantwortliche zur Verfügung.

Mit Skolengo kommen wir jetzt einer Empfehlung der OECD nach.  
Schülerdaten über die gesamte Laufbahn einheitlich zu pflegen.

Wenn Schüler die Schule wechseln,  
wird die Schülerhistorie mit übertragen.

Der Anschluss der Schulen an leistungsfähige  
Glasfaserverbindungen schreitet ebenfalls voran.

Die interne Vernetzung in den Schulen wird kontinuierlich verbessert.

Und mittlerweile haben wir 3400 Laptops an Schüler und Lehrperson ausgeliefert.

Mehr als 2/3 aller Schüler haben ihren Laptop erhalten.

Im kommenden Schuljahr werden weitere 1000 Laptops zur Verfügung gestellt.

Dann werden alle über ein modernes Endgerät mit dem entsprechenden Support verfügen, das regelmässig erneuert wird.

Wo gibt es so etwas schon außerhalb der DG?

Insgesamt investieren wir in diesem und im kommenden Jahr 300 Millionen EUR in Infrastruktur, Ausstattung und Ausrüstungen.

Ja, das ist eine riesige Summe.

Aber erstens sind all diese Investitionen sinnvoll und notwendig.

Sie tragen ganz entscheidend dazu bei,  
unserer Gemeinschaft krisenresilient und zukunftsfähig zu machen.  
Sie stärken die Lebensqualität und verbessern die Lebensperspektiven  
in Ostbelgien.

Auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels  
ist eine solche Stärkung der weichen Standortfaktoren überaus wichtig.

Wir haben jedes einzelne Infrastrukturprojekt  
– ich betone jedes einzelne -  
der 295 genehmigten Infrastrukturprojekte  
mit den 9 Gemeindekollegien in der DG besprochen  
– genauso übrigens wie all jene Projekte,  
die wir nicht genehmigt haben.

Wir haben gemeinsam festgehalten,  
welche Projekte notwendig und sinnvoll ist.

Der Infrastrukturplan ist das Resultat  
eines breiten und einvernehmlichen Dialogs.

Zweitens können wir uns diese Investitionen leisten.

Darauf komme ich später noch mal zurück.

Drittens macht es Sinn,  
diese Investitionen jetzt zu tätigen  
statt sie auf die lange Bank zu schieben.

Niemand weiss,  
wie sich die europäischen Buchhaltungsregeln in den nächsten Jahren  
entwickeln werden.

Heute auf Investitionen in Schulen, Krankenhäuser, Senioren,  
Digitalisierung, Kinderbetreuung oder in den Klimaschutz zu verzichten –  
das wäre ein folgenschwerer, großer Fehler.

Wir würden kommenden Generationen ein Erbe überlassen,  
dass sie womöglich nicht mehr bewältigen könnten.

Nichts ist am Ende des Tages teurer,  
als jetzt nicht in Klimaschutz, Bildung und Gesundheit zu investieren.

Es gibt keine nachhaltigeren Investitionen  
als Investitionen in Bildung, Gesundheit und Klimaschutz

Ich habe schon häufig betont,  
wie wichtig Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik ist.

Finanzpolitik bedeutet gestalten und verantworten.

Finanzpolitik schafft den Rahmen für jedes politische Handeln.

Deshalb muss es einer vorausschauenden Finanzpolitik gelingen,  
das Notwendige mit dem Machbaren zu verbinden  
und kurzfristige Bedürfnisse mit langfristigen Interessen  
in Einklang zu bringen.

Aber natürlich gilt dieser Anspruch nicht nur  
für Investitionen in Infrastruktur.

Er muss auch für laufende Ausgaben gelten –  
ganz besonders sogar für laufende Ausgaben,  
weil laufende Ausgaben im Gegensatz zu Investitionen  
meistens jährlich wiederkehren,  
also von „rekurrenter“ Wirkung sind.

Deshalb haben wir ja bei der Vorbereitung dieses Haushaltes  
in einem sehr aufwendigen Verfahren  
vor allem die laufenden Ausgaben gründlich durchforstet.



Und wir werden diesen Prozess weiter fortsetzen.

Wir tun das,  
um einerseits neue Handlungsspielräume zu erarbeiten  
und andererseits den laufenden Haushalt schon 2025  
ins Gleichgewicht zu bringen.

Dabei galt es auf der Grundlage unseres Regierungsprogramms  
klare, nachvollziehbare Schwerpunkte festzulegen.

Das ist uns nach unzähligen und unendlich langen Beratungen gelungen.

Gerne möchte ich Ihnen unsere diesjährigen Schwerpunkte in den  
laufenden Ausgaben  
anhand von 10 konkreten Beispielen vorstellen.

Erstens werden wir,  
wie in der Regierungserklärung angekündigt,  
die Gemeindedotation im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022  
um 5,4 Millionen EUR anheben.

Das entspricht einer Steigerung um 23,4 %.

Außerdem sehen wir 3 Millionen vor,  
um Gemeinden,

die in eine finanzielle Schieflage geraten,  
Überbrückungskredit gewähren zu können.

Dazu wird die Koalition Ihnen in Kürze  
mit dem diesjährigen Programmdekret  
einen Vorschlag unterbreiten.

Zweitens werden wir den Bildungshaushalt  
mit der 2. Haushaltsanpassung 2022 und dem Ursprungshaushalt 2023  
um weitere 14,3 Millionen EUR erhöhen.

Im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022  
wird die Gehaltsmasse für das Unterrichtspersonal  
um 16 % angehoben, u.a. um die Indexierungen zu finanzieren,  
zusätzliche Kindergartenassistenten einzustellen  
und kleinere Klassen in den Kindergärten zu ermöglichen.

Außerdem werden wir einen Vertretungspool zu schaffen,  
um Unterrichtsausfall zu vermeiden.

Wie angekündigt werden wir zudem dafür sorgen,  
dass die außerschulische Betreuung und die Hausaufgabenbetreuung

in absehbarer Zeit kostenlos  
in Anspruch genommen werden können.

Im Sinne der wissenschaftlichen Analyse der OECD  
streben wir einerseits eine engere Verzahnung  
zwischen Schulen, AUBE und Hausaufgaben Schulen an  
und werden andererseits den Schulen zusätzliches Stellenkapital für die  
Hausaufgabenbetreuung zur Verfügung stellen.

Wir werden dem Parlament eine grundlegende Reformierung  
der Hausaufgabenpraxis vorschlagen.

Wir werden strenge quantitative und qualitative Kriterien  
für die Erteilung von Hausaufgaben in der Grundschule festlegen.

Wir sind überzeugt, dass weniger mehr sein kann.

Die Mittel für die Schülerbeförderung  
werden im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022 um 44 % erhöht,

damit die gestiegenen Preise aufgefangen  
und Sonderfahrten finanziert werden können.

Wobei ich nicht verhehlen kann,  
dass wir mit der von der TEC organisierten Schülerbeförderung  
sehr unzufrieden sind.

Wir dürfen die Schülerbeförderung bekanntlich aus rechtlichen Gründen  
nur auf den Strecken organisieren,  
die nicht von der TEC befahren werden.

Auf den Strecken, die DG selbst organisiert,  
gibt es keine überfüllten Busse.

Auf unseren Strecken hat sogar jedes Kind einen Sitzplatz.

Das ist auf den Strecken, die wir nicht befahren dürfen,  
weil die TEC dort ein Monopol hat,  
leider ganz anders.

Die Funktionssubventionen der Schulen werden wir in diesem und im kommenden Jahr um mehr als 10 % erhöhen, um die Preissteigerungen aufzufangen.

Kaleido werden zusätzliche Mittel für die Durchführung von Resilienzkursen gewährt.

Mehr Geld wird es auch geben für die Aus- und Weiterbildung von Landwirten, die Erstellung der Gesamtvision und die Verringerung der Schulbesuchskosten.

Außerdem streben wir eine Aufwertung der Erwachsenenbildung an.

Dazu wird die Koalition Ihnen in Kürze einen Dekretvorschlag unterbreiten.

Nicht zuletzt zahlen wir im kommenden Jahr 2 Millionen in einen neu einzurichtenden Stipendienfonds ein, um das angekündigte neue Stipendiensystem zu finanzieren.

Dazu werden wir noch in dieser Sitzungsperiode einen Dekretentwurf hinterlegen.

Drittens wir erhöhen unsere Investitionen in die Jugend im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022 um 17 %, damit Kostensteigerungen aufgefangen und zusätzliche Stellen in Jugendeinrichtungen abgesichert werden können.

Viertens:

wir erhöhen unsere Investitionen in die Arbeitsmarktpolitik im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022 um 4,8 %, um die ACTIF-Zuschüsse zu indexieren, das Führerscheinprojekt zu finanzieren, neue Teilqualifizierungen durchzuführen, das JOB Portal zu verbessern

und externe Expertise für die angestrebte Modernisierung des Arbeitsamtes einzukaufen.

Fünftens wir erhöhen unsere Investitionen in die Familienzulagen (Kindergeld) im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022 um 2,3 Millionen EUR.

Wir indexieren also die Familienzulagen.

Das ist zum Beispiel in Flandern nicht der Fall.

Dort ist die Regierung wegen dieser Frage gar in eine tiefe Krise gestürzt.

Es bleibt dabei:

Wir haben eines der gerechtesten und großzügigsten Familienzulagensysteme im ganzen Land.

Das behaupten nicht wir.

Das sagt der Bund der Familien.

Sechstens wir erhöhen erneut unsere Investitionen in soziale Einrichtungen.

Im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022 um immerhin 30 %.

Wir verdoppeln unsere Anstrengungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Wir indexieren unsere Zuwendungen an die ÖSHZ.

Und wir erhöhen unsere Zuschüsse an soziale Einrichtungen, nicht zuletzt um die Kostenexplosionen zu finanzieren.

Wir denken,

dass es gerade in Krisenzeiten auf Solidarität ankommt.

Viele Menschen geraten derzeit finanzielle Schwierigkeiten.

Viele Haushalte wissen nicht mehr,

wie sie ihre Energierechnungen bezahlen sollen.

Uns stehen sehr schwierige Zeiten bevor.

Wir können als DG leider die Ursachen hierfür nicht bekämpfen.

Das liegt weit außerhalb unserer Befugnisse.



Aber wir haben gerade in Krisenzeiten die Pflicht,  
all jene Organisationen zu unterstützen,  
die sich um den sozialen Zusammenhalt  
in unserer Gemeinschaft kümmern.

Siebtens wir erhöhen in diesem Jahr mit der 2. Haushaltsanpassung 2022  
unsere Zuschüsse an den gesamten sozio-kulturellen Sektor um 6,25 %.  
Wir wollen diesen wichtigen gemeinnützigen Einrichtungen dabei helfen,  
die Inflationskrise zu überleben.

Achtens wir erhöhen unsere Investitionen in die Gesundheit um 22 %.  
Warum? Das dürfte selbstredend sein.

Neuntens wir erhöhen die Zuschüsse für die Kinderbetreuung  
im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022  
um 42 %, natürlich um auch dort die Kostensteigerungen aufzufangen,  
aber zum Beispiel auch  
um die Tagesmütter aufzuwerten,  
das gestiegene Defizit der AUBE zu übernehmen

und um Minikrippen, Kinderkrippen,  
Kinderhorte und Co-Tagesmütterstrukturen zu stärken.

Und Zehntens:

Wir erhöhen,

wie in unserer Regierungserklärung versprochen,

unsere Zuschüsse für die Seniorenpflege,

und zwar im Vergleich zum Ursprungshaushalt 2022

um jährlich wiederkehrende 8,2 Millionen EUR.

7,9 Millionen mehr für die Seniorenpolitik. Jährlich wiederkehrend.

Das entspricht einer Steigerung um 23 % innerhalb eines einzigen Jahres.

Seit 2019 haben wir die Zuschüsse für Senioreneinrichtungen

sogar um 57 % angehoben.

Von 27,8 Millionen auf 43,6 Millionen EUR.

Ja, wir investieren heute jährlich 15,8 Millionen mehr  
in unsere Senioren als vor 3 Jahren.

Damit haben wir zum Beispiel zusätzliche Plätze in den WPZS finanziert,  
zusätzliche betreute Wohnungen eingerichtet  
und neue alternative Wohnformen ermöglicht.

Mit diesem Geld haben wir zudem  
die Gehälter der Pflegehelfer um bis zu 19 % erhöht.

Jetzt folgen weitere spürbare Erhöhungen  
für Krankenpfleger, Paramediziner und andere Gesundheitsberufe.

Wir ermöglichen mit all diesen Maßnahmen  
im innerbelgischen Vergleich  
die mit großem Abstand höchsten Pflegegehälter.

Hinzukommen jetzt

zusätzliche Mittel für die Einführung der Alltagsbegleiter in den WPSZ und das neue Pflegegeld.

Und selbstverständlich die Erhöhung unserer Zuschüsse an die WPZS, um die krisenbedingten Mehrkosten abzumildern.

Die WPZS und die häuslichen Hilfen erhalten

wegen der steigenden Inflation

in diesem Jahr 9,25 % mehr als im letzten Jahr.

Das haben wir in unserer Regierungserklärung vor 3 Wochen versprochen und jetzt bei der 2. Anpassung des Haushaltes 2022 berücksichtigt.

Wohlbemerkt : das ist kein One Shot.

Diese Erhöhung bleibt dauerhaft erhalten.

Nun müssen wir jedoch davon ausgehen,

dass die Inflation auch im kommenden Jahr 2023 weiter ansteigt.

Um wieviel Prozent, das weiß heute niemand.

Die Prognosen schwanken fast wöchentlich.

Nichtsdestotrotz schlagen wir vor,

die Zuschüsse für die WPZS im kommenden Jahr

ein weiteres Mal um 5,25 % zu erhöhen.

**Insgesamt erhöhen wir damit unsere Zuschüsse an die WPZS  
innerhalb von 2 Jahren um 14,5 %.**

Werte Kolleginnen und Kollegen,

an diesen 10 Beispielen wird deutlich,

wo unsere Schwerpunkte bei den laufenden Ausgaben liegen.

80 % unserer laufenden Ausgaben

fließen in die Bereiche Bildung, Gesundheit, Soziales, Arbeitsmarkt,

Senioren und Gemeinden.

80 %.

Das sind unmissverständliche Prioritäten.

Ähnliche Schwerpunkte gelten für unsere Infrastrukturpolitik,  
die ich Ihnen eben vorgestellt habe.

Wobei wir dort 2 zusätzliche Schwerpunkte zu beherzigen haben:

den Klimaschutz und die Digitalisierung.

Alleine für den Klimaschutz haben wir Investitionen in Höhe von 181  
Millionen eingeplant.

Das ist eine Folge unseres 720 Millionen EUR  
schweren Konjunkturprogramms,  
das wir Ihnen im Herbst 2021 vorgestellt hatten,  
um die richtigen Lehren aus den Krisen  
finanzieren zu können.

Wir wollen und werden mit diesen 720 Millionen EUR  
die Gesundheitsversorgung verbessern,  
die Seniorenpflege aufwerten,  
die Kinderbetreuungsangebote ausbauen,  
die Tagesstätten renovieren,

unsere Schulen modernisieren,  
Industrie- und Gewerbezone einrichten,  
die Gemeinschaftszentren sanieren,  
gegen den Fachkräftemangel ankämpfen,  
preiswerten und nachhaltigen Wohnraum schaffen,  
die Jugendhilfe aufwerten,  
flächendeckend für gute Internetverbindungen sorgen  
und unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Wir halten also an unserem Konjunkturprogramm fest.

Ja, wir arbeiten jeden Tag an dessen Verwirklichung.

Kolleginnen und Kollegen,

nachdem ich Ihnen die Schwerpunkte unserer Haushaltsplanung  
erläutert habe,  
darf ich Ihnen nun die Haushaltsergebnisse vorstellen.

Mittlerweile liegt uns das definitive Haushaltsergebnis  
für das Jahr 2021 vor.

Das Haushaltsergebnis **2021**

fällt **um 20,1 Millionen EUR besser** aus als geplant.

Der SEC Saldo verbessert sich sogar um 45 Millionen EUR.

Das bedeutet:

Die Regierung hat im letzten Jahr 45 Millionen ihrer vom Parlament gewährten Mittel gar nicht ausgegeben.  
45 Millionen.

Das spricht zum Einen für eine sehr vorsichtige Einschätzung unserer Einnahmen und Ausgaben.

Zum anderen – und ist noch bedeutsamer - zeigt dieses Ergebnis, dass die Durchforstung der fakultativen Ausgaben ein lohnenswerter Prozess sein kann.

Das Haushaltsergebnis 2020 war schon um 15,6 Millionen EUR besser ausgefallen als geplant.

Jetzt schließt das Ergebnis 2021 erneut wesentlich besser ab als geplant.

Darin liegt Potential für die Durchforstung des Haushaltes.

Das Krisenjahr 2021 schließt summa summarum mit einem Defizit in Höhe von 28,9 Millionen EUR, wobei 18,3 Millionen Investitionen in Infrastruktur neutralisiert wurden.



Das SEC-Defizit liegt folglich bei 47,2 Millionen EUR.

Das Ergebnis im Jahre 2022 verschlechtert sich im Vergleich zur 1. Anpassung um 5 Millionen EUR auf -23,5 Millionen EUR.

Das SEC Defizit hingegen verringert sich um 1,5 Millionen EUR auf 121,2 Millionen EUR.

Für 2023 rechnen wir mit einem Defizit von 80,3 Millionen EUR, wobei wir für 173 Millionen EUR Infrastrukturinvestitionen neutralisieren.

Das Jahr 2023 ist das mit Abstand schwierigste Jahr in dieser Legislaturperiode, weil wir getreu unserer Strategie massiv, in einem nie gekannten Ausmaß Investitionen in Infrastruktur und Ausstattung vorziehen und weil wir im Jahre 2023 das gesamte 1. PPP-Programm vorzeitig komplett zurückzahlen wollen. 2023 ist also kein normales Haushaltsjahr.

In 2023 werden außergewöhnliche,  
haushalterische  
Buchungen für mehrere hundert Millionen EUR vorgenommen.

Ich sagte es bereits:

Wir investieren in diesem und im kommenden Jahr 300 Millionen EUR  
in Infrastruktur, Ausstattung und Ausrüstung.

Das ist ein außergewöhnlich hoher Betrag, ein absoluter Rekord,  
den es nie wieder in einem Haushaltsjahr geben wird.

Wir ziehen millionenschwere Investitionen vor,  
um kommende Haushalte, Regierungen und Generationen zu entlasten.

Und wir zahlen zudem im Jahre 2023  
alle PPP Schulen vorzeitig zurück:

da geht es um 116,7 Millionen EUR.

Auch das ist eine One Shot Operation,  
die es nie wieder geben wird.

Das Haushaltsergebnis 2023 wird also  
nicht nur durch die Krisen geprägt sondern  
wird vor allem durch einmalige, außergewöhnliche,  
nie mehr wiederkehrende Ausgaben belastet.

Viel wichtiger ist infolgedessen die Frage:

wie sieht es nach 2023 aus?

Nun,

ich habe es eingangs bereits vorweggenommen:

Wir wollen im Jahre 2025 wieder eine schwarze Null  
im laufenden Haushalt erreichen.

Und nach den heutigen Prognosen, werden wir das auch schaffen.

Das können Sie der Finanzplanung zweifelsfrei entnehmen.

Und weil der Ein oder andere mir das vielleicht trotzdem  
nicht glauben will,  
kündige ich jetzt schon an,  
dass wir im kommenden Jahr,  
wie das die föderale Regierung jetzt gemacht hat,  
einen Doppelhaushalt hinterlegen werden.

Dann können Sie das Ergebnis für das Jahr 2025  
schwarz auf weiß im Haushalt sehen.

Das wird der unabhängige Rechnungshof überprüfen können.

Auch die Verschuldung war, ist und bleibt verkraftbar.

Unsere **Zinslastquote** liegt derzeit bei 1,6 %

und damit sogar unter dem Niveau der BR Deutschland.

Selbst im Vergleich zu wirklich reichen Ländern und Regionen in Europa ist das ein guter Wert.

Wir müssen im Proporz weniger Zinsen zahlen als die BR Deutschland.

Unsere Schulden belasten unseren Haushalt weniger,  
als das in Deutschland der Fall ist.

Durch den derzeitigen Anstieg der Zinsen  
wird sich diese Quote  
in den kommenden Jahren natürlich nominal verändern,  
bei uns genauso wie anderswo.

Das ändert aber nicht an dieser Erkenntnis.

Entscheidend ist immer die Frage,  
ob wir in der Lage sind,  
unsere Schulden zurückzuzahlen,  
ob also unsere Rückzahlungsfähigkeit gewährleistet ist.

Wieviel Prozent meiner Einnahmen  
darf ich auf mehrere Jahre gestreckt  
für die Rückzahlung meiner Schulden aufbringen müssen?

Für die Beantwortung dieser Frage gibt es objektive Richtlinien.

Der private Häuslebauer beispielsweise sollte  
nicht mehr als 30 % seines Einkommens  
für die Rückzahlung seiner Kredite aufbrauchen.

Wenn ein Häuslebauer mehr als 30 % seines Gehaltes aufbraucht,  
um seine Raten zu tilgen,  
dann wird es eng,  
dann droht eine Überschuldung

Für staatliche Einrichtungen sind diese Richtlinien strenger:

**Eine staatliche Einrichtung sollte**  
**– auf 30 Jahre gestreckt -**  
**für die komplette Rückzahlung aller Schulden**  
**(Kapital und Zinsen inklusive)**  
**nicht mehr als 20-25 % ihrer Einnahmen aufbringen müssen.**

Das nennt man in der Wissenschaft den Schuldendienstdeckungsgrad.

Dieser Schuldendienstdeckungsgrad liegt in der DG weit unter 25%; er liegt heute bei 6,2 %.

Und selbst wenn wir das gesamte Konjunkturprogramm von 720 Millionen EUR verwirklicht haben werden, selbst dann – selbst auf dem absoluten Höhepunkt der Verschuldung - wird der Schuldendienstdeckungsgrad nach den heutigen Prognosen gerade mal bei 10 % liegen.

Wir bräuchten also selbst auf dem absoluten Höchststand unserer Verschuldung nicht mehr als 10 % unserer Einnahmen aufzubringen, um alle Schulden innerhalb von 30 Jahren integral zurückzubezahlen.

Diese Zahl kann sich verändern.

Aber feststeht: wir sind meilenweit entfernt von einer Obergrenze.

Wir sind also in der Lage unsere Schulden zurückzubezahlen.

Und darauf kommt es an.

Das sehen unsere Banken genauso.

Dabei haben wir den Anstieg der Zinsen schon vorweggenommen.

Bei der Vorstellung des 1. Anpassungshaushaltes 2022  
vor 6 Monaten habe ich gesagt – ich darf mich selbst zitieren:

„Das Zinsrisiko steigt.

**Um dieses Risiko zu mindern,  
steigen wir progressiv  
von kurzfristigen Zinssätzen auf langfristige Zinssätze um.**

Wir wollen böse Überraschungen vermeiden.

Ich habe immer gesagt,  
dass wir diese Umschuldung einleiten würden,  
wenn wir den Zeitpunkt für geboten halte.

**Ich halte diesen Zeitpunkt jetzt für gekommen.“**

Zitat Ende.

Mittlerweile wissen wir,  
dass wir mit unserer Zinsprognose Recht behalten haben.

Wir haben genau den richtigen Zeitpunkt gefunden,  
um progressiv umzuschulden.

Wir haben die richtigen Entscheidungen getroffen.

Kolleginnen und Kollegen,

warum ist das eigentlich so?

Warum können wir uns all das leisten?

Warum ist die Zinslastquote bei uns niedriger als anderswo?

Warum ist der Schuldendienstdeckungsgrad bei uns so niedrig?

Die Antwort lautet nicht etwa– wie manch einer vermuten könnte:

„weil wir mehr Geld bekommen als alle anderen.“

Nein, wir bekommen nicht mehr Geld als die anderen Gliedstaaten in Belgien.

Im Grunde gibt es 3 Antworten :

Erstens wir haben in der Vergangenheit  
nie Schulden für laufende Ausgaben gemacht.

Es gibt in unserer Verschuldung keinen Schneeballeffekt.

Das unterscheidet uns von vielen Regionen und Staaten.



Wenn wir Schulden gemacht haben,  
dann immer nur,  
um Investitionen in wichtige Infrastrukturen zu finanzieren.

Davon haben vor allem die Krankenhäuser, Schulen und Seniorenzentren  
profitiert.

Zweitens wir haben unsere Hausaufgaben rechtzeitig gemacht.

Es ist uns in der letzten Legislaturperiode gelungen,  
unseren Haushalt strukturell  
– nach den strengen europäischen Buchhaltungsvorgaben –  
ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir haben 2018 und 2019 strukturell die schwarze Null erreicht.

Selbst der laufende Haushalt 2020 wies vor der Coronakrise noch  
einen Überschuss von 11 Millionen EUR aus.

Das ist keinem anderen Gliedstaat in Belgien gelungen.

Im Gegensatz zu anderen müssen wir uns also nicht mit der Tilgung von Altlasten beschäftigen.

Wir können uns finanzpolitisch voll und ganz auf die Bewältigung der Krisen konzentrieren.

Ohne diese Krisen wäre unser Haushalt auch weiterhin im Gleichgewicht.

Das ist ein enormer Vorteil.

Drittens,

wir haben unsere finanzpolitische Strategie rechtzeitig unmittelbar

nach dem Ausbruch der Coronakrise –

schon 6 Wochen nach dem Ausbruch der Krise –

angepasst.

Wir haben unsere Strategie schneller als anderen neu ausgerichtet,

um Hilfspakete zu schnüren

und die richtigen Lehren aus der Krise finanzieren zu können.

Ohne diese Strategie wäre all das unmöglich.

Kolleginnen und Kollegen,

Uns stehen wahrlich schwere Zeiten bevor.

Und die Regierung der DG kann nicht alle Probleme lösen.

Uns sind institutionelle und finanzielle Grenzen gesetzt.

Wir bemühen uns mit allem, was wir haben zu helfen.

Gleichzeitig gilt es aber auch, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen und Sparmassnahmen durchzuziehen.

Eines steht trotz aller Sorgen und Ängste fest.

Wir werden diese Krisen überstehen. Die DG wird diese Krisen überstehen.

Wir sind mit unserer angepassten Strategie auf dem richtigen Weg.

